

Perspektiven 2003/2004: Deutsche Konjunktur belebt sich wieder¹

Weltwirtschaft auf Erholungskurs

Die weltwirtschaftliche Produktion nimmt seit dem letzten Frühjahr beschleunigt zu. Die während der ersten Monate 2003 dämpfenden Faktoren sind entfallen, die Wirtschaftspolitik stimuliert weiter und die Perspektiven werden günstiger beurteilt. Vorreiter der Erholung sind wieder die USA. In Japan verläuft die Entwicklung überraschend günstig und in Südostasien wurde die Schwächephase überwunden. Während die Produktion in den EU-Beitrittsländern anhaltend kräftig stieg, verharrte der Euroraum in der Stagnation.

Im Jahr 2004 bleibt die Geldpolitik expansiv. Zudem wird unterstellt, dass weder die Wechselkurse von Yen und Euro gegenüber dem Dollar nennenswert weiter steigen, noch die restlichen Währungen Ostasiens aufwerten. Der Rohölpreis dürfte bei 28 US-\$ je Barrel liegen. Unter diesen Umständen setzt sich die kräftige Erholung der Weltkonjunktur im kommenden Jahr bei moderatem Preisanstieg fort, wobei das regionale Gefälle abnimmt. Die Chancen für einen selbst tragenden Aufschwung stehen gut: Die Restrukturierung der Unternehmen ist weit vorangekommen, die Finanzierungsmöglichkeiten werden besser und die Gewinne steigen weiterhin deutlich; allerdings ist das hohe und weiter zunehmende Leistungsbilanzdefizit der USA ein Risiko für die weltwirtschaftliche Erholung. Die westlichen Industrieländer erhalten kräftige konjunkturelle Impulse von den asiatischen Schwellenländern. Während sich die wirtschaftliche Expansion in den USA und in Japan im Verlauf des Jahres etwas verlangsamt, nehmen Nachfrage und Produktion im Euroraum und in den, der EU am 1. Mai 2004 beitretenden Ländern rascher zu. In einem Sonderkapitel wird dargelegt, dass von der Erweiterung für diese, wie auch für die „alten“ EU-Länder, auf längere Sicht positive Wachstumseffekte zu erwarten sind.

Deutsche Wirtschaft: Talsohle durchschritten

Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit drei Jahren in einer Stagnation. Im I. Halbjahr 2003 ging die gesamtwirtschaftliche Produktion sogar leicht zurück und die Beschäftigung nahm weiter ab. Maßgeblich hierfür waren die ungünstigen außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. So dämpften die Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Konflikt im Irak und die anhaltende Aufwertung des Euro die Nachfrage aus dem Ausland und führten zu einem Einbruch bei der Ausfuhr. Aber auch die Binnenkonjunktur war schwach. Bei fortgesetztem Rückgang der Beschäftigung nahmen die verfügbaren Einkommen nur wenig zu, mit Ausnahme des I. Quartals stagnierte der private Konsum. Die Geschäftserwartungen der Unternehmen blieben eingetrübt und die Anlageinvestitionen gingen weiter zurück.

Seit der Jahresmitte gibt es jedoch erste Anzeichen einer Besserung. So nimmt die von den Instituten bereits im Frühjahr prognostizierte weltwirtschaftliche Erholung allmählich Gestalt an. Im Euroraum ist die Geldpolitik nach wie vor expansiv ausgerichtet und trägt zu einer Erholung bei. In Deutschland sind zudem die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen günstiger geworden und schließlich ist die Unsicherheit, die die Wirtschaft aufgrund des Irak-Konflikts in der ersten Jahreshälfte lähmte, gewichen. Die moderaten Lohnabschlüsse tragen zu einer leichten Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei. Inzwischen weisen die Vertrauensindikatoren der Unternehmen eindeutig nach oben.

Allerdings wird die konjunkturelle Erholung in Deutschland nach wie vor durch eine Reihe von Faktoren beeinträchtigt. So ist die Kapazitätsauslastung weiterhin niedrig und die Aufwertung des Euro belastet den Export und erleichtert den Import. Hinzu

kommt, dass die Finanzpolitik im Jahr 2004 restriktiv ausgerichtet bleibt; den unterstellten steuerlichen Entlastungen stehen beschlossene bzw. geplante Einsparungen sowie der forcierte Abbau von Steuervergünstigungen gegenüber.

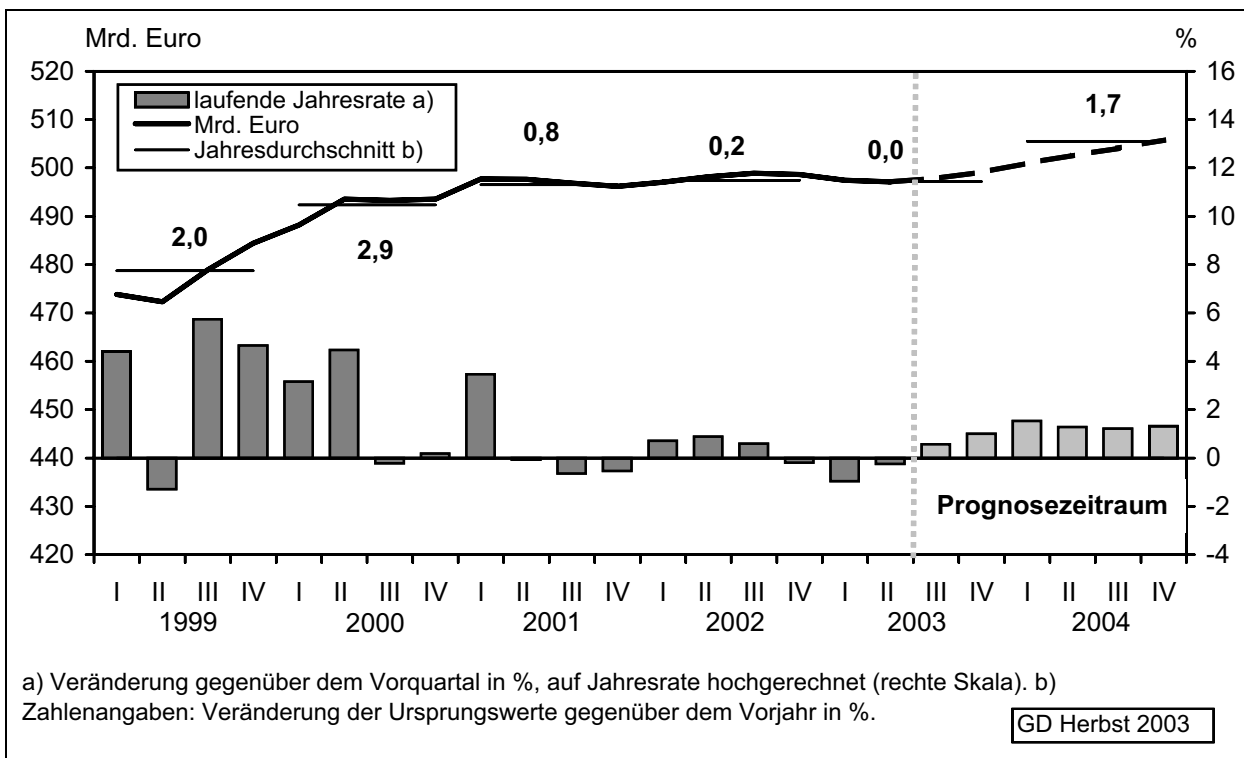
Vor diesem Hintergrund prognostizieren die Institute, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion im Durchschnitt dieses Jahres stagniert und auch im kommenden Jahr nur moderat zunehmen wird. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2004 um 1,7 % steigen (vgl. Abb. 1 und Tab. 1). Zu diesem Anstieg trägt allerdings eine im Vergleich zu 2003 deutlich höhere Zahl von Arbeitstagen bei. Arbeitstäglich bereinigt, also in rein konjunktureller Sicht, wird die gesamtwirtschaftliche Produktion nur um 1,1 % zunehmen. Von einem Aufschwung kann man daher nicht sprechen.

In der I. Jahreshälfte 2004 beschleunigt sich die konjunkturelle Entwicklung im Wesentlichen aufgrund der stärkeren Binnennachfrage. Steuerliche Entlastungen der privaten Haushalte und verbesserte Absatzperspektiven der Unternehmen stützen sowohl den Konsum als auch die Investitionen. Während der Anstieg der Konsumnachfrage in der II. Jahreshälfte etwas nachlässt, wird die Konjunktur mehr und mehr von der Auslandsnachfrage getragen. Die Industrieproduktion steigt beschleunigt und im tertiären Sektor nimmt die Wertschöpfung wieder merklich zu. Im Baugewerbe hingegen wird sich lediglich die Talfahrt verlangsamen.

Der gemächliche Anstieg der Produktion und weiterhin unterausgelastete Kapazitäten lassen vorerst keine Wende am Arbeitsmarkt erwarten. Bis weit in das nächste Jahr hinein dürfte die Beschäftigung wei-

Abb. 1

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
– Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf –



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Institute, ab III. Quartal 2003: Prognose der Institute.

ter sinken und die Zahl der Arbeitslosen zunehmen. Erst im Laufe des II. Halbjahrs 2004 ist auf dem Arbeitsmarkt eine leichte Besserung zu erwarten. Im Jahresdurchschnitt sinkt die Zahl der Beschäftigten um gut 100.000 gegenüber 2003, die Zahl der Arbeitslosen erhöht sich um über 50.000 auf 4,45 Mill.

Trotz zum Teil kräftiger Steuer- und Abgabenerhöhungen sowie Ausgabenkürzungen hat sich die Finanz-

lage der öffentlichen Haushalte in diesem Jahr nicht verbessert – im Gegenteil: Aufgrund der schwachen Konjunktur dürfte das gesamtstaatliche Defizit in diesem Jahr auf 85 Mrd. € bzw. 4 % in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt ansteigen. Im Jahre 2004 wird die Entwicklung der Staatsfinanzen durch steuerliche Maßnahmen und die Reformen im Bereich der Renten- und der Krankenversicherung geprägt. Das gesamtstaatliche Defizit wird um 10 Mrd. auf

Tab. 1 Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2001	2002	2003 ¹⁾	2004 ¹⁾
Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr^{a)}				
Private Konsumausgaben	1,4	-1,0	0,7	1,5
Konsumausgaben des Staates	1,0	1,7	0,6	-0,1
Anlageinvestitionen	-4,2	-6,7	-1,6	1,7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-3,6	-7,6	0,7	4,0
Bauten	-4,8	-5,8	-3,5	-0,2
Inländische Verwendung	-0,8	-1,6	0,8	1,4
Exporte	5,6	3,4	0,2	5,3
Importe	0,9	-1,7	3,0	5,1
Bruttoinlandsprodukt	0,8	0,2	0,0	1,7
Westdeutschland und Berlin ^{b)}	0,6	0,2	-0,1	1,7
Ostdeutschland ^{b)}	0,0	-0,2	0,3	1,5
Erwerbstätige Inländer (1.000 Personen)	38.851	38.610	38.016	37.912
Arbeitslose (1.000 Personen)	3.852	4.060	4.393	4.448
Arbeitslosenquote ^{c)} (in %)	9,0	9,5	10,4	10,5
Verbraucherpreise ^{d)}	2,0	1,4	1,0	1,3
Lohnstückkosten ^{e)}	1,3	0,7	0,9	-0,1
Finanzierungssaldo des Staates ^{f)}				
- in Mrd. €	-58,9	-74,3	-85,5	-75,5
- in % des Bruttoinlandsprodukts	-2,8	-3,5	-4,0	-3,5
nachrichtlich:				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum	1,6	0,9	0,4	1,7
Verbraucherpreisindex im Euroraum ^{g)}	2,3	2,3	2,0	1,7
1) Prognose der Institute. - a) In Preisen von 1995. - b) Berechnungsstand März 2003. - c) Arbeitslosen in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). - d) Verbraucherpreisindex. - e) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. - f) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG '95). - g) Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU).				

75 Mrd. € bzw. auf 3,5 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zurückgehen. Damit würde im dritten Jahr in Folge die im Maastrichter Vertrag genannte Obergrenze von 3 % überschritten.

Exkurs: Ostdeutschland

Die gesamtwirtschaftliche Produktion erhöhte sich in Ostdeutschland (ohne Berlin) – anders als in Westdeutschland – in der I. Jahreshälfte 2003, wenn auch nur geringfügig. Der Wertschöpfung in der Industrie stieg, wie schon in den vergangenen Jahren, stärker als im früheren Bundesgebiet, und dies vor allem im Vorleistungsgüterbereich. Der Rückgang im Bauhauptgewerbe war allerdings ausgeprägter als im Vorjahr. Für den weiteren Verlauf des Jahres ist hier auch nicht mit einer nennenswerten Besserung zu rechnen. Die industrielle Fertigung dürfte sich jedoch weiterhin recht kräftig erhöhen. Die Bruttowertschöpfung im tertiären Sektor wird dagegen kaum zunehmen. Insgesamt steigt das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt 2003 geringfügig. Im nächsten Jahr wird die Produktion in Ostdeutschland von der konjunkturellen Besserung in Westdeutschland profitieren. Das verarbeitende Gewerbe wird weiter zügig expandieren und die tertiären Bereiche tragen wieder stärker zur Erholung bei. Hingegen schrumpft die Bauproduktion weiterhin. Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt mit einer ähnlichen Rate wie in Westdeutschland zunehmen.

Der Rückgang der Erwerbstätigkeit fällt in diesem Jahr in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) stärker aus als in Westdeutschland (vgl. Tab. 2). Ausschlaggebend dafür ist die merkliche Einschränkung von Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen, die in Ostdeutschland ein besonders großes Gewicht haben. Da diese herkömmlichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im nächsten Jahr weiter zurückgefahren werden, dürfte die Zahl der Erwerbstätigen hier auch 2004 stärker als im Westen zurückgehen. Die Arbeitslosigkeit steigt in Ostdeutschland in diesem Jahr aber nicht so stark wie in Westdeutschland. Dies liegt insbesondere an der weiteren Verringerung des Arbeitskräftepotenzials in den neuen Bundesländern. Vor allem deshalb wird im Durchschnitt des kommenden Jahres die Zahl der

Arbeitslosen nicht weiter zunehmen. Die Lage am ostdeutschen Arbeitsmarkt bleibt gleichwohl prekär.

Zur Wirtschaftspolitik

Angesichts der schon drei Jahre andauernden Staginationsphase und den nur bescheidenen Aussichten für das nächste Jahr steht die Wirtschaftspolitik vor erheblichen Herausforderungen. Die Geldpolitik ist bereits seit Längerem expansiv ausgerichtet und stimuliert die Konjunktur im Euroraum. Sie sollte diesen Kurs beibehalten, da keine Inflationsimpulse zu erwarten sind. Deshalb sollte der Leitzins im Prognosezeitraum auf seinem gegenwärtigen Niveau bleiben. Es wäre aber sowohl mit der TAYLOR-Regel als auch mit der Strategie der EZB vereinbar, wenn die Leitzinsen gesenkt werden, sollte das im Gutachten dargelegte Wechselkursrisiko eintreten und der Dollar drastisch abwerten.

Die Arbeitsmarktpolitik wurde in diesem Jahr von der Bundesregierung auf der Grundlage der Vorschläge der HARTZ-Kommission neu ausgerichtet. Wichtige Elemente sind die Einrichtung von Personal-Service-Agenturen, die Förderung von Existenzgründungen, die Neuregelung der Mini-Jobs, die Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln und die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Die in Angriff genommenen Reformen sind ein Schritt in die richtige Richtung. Die Institute warnen aber davor, die Entlastungswirkungen auf den Arbeitsmarkt allzu hoch anzusetzen. Ein Grund liegt in den nicht unerheblichen Mitnahme- und Verdrängungseffekten. Das Arbeitsvolumen wird deshalb nur in geringem Maße erhöht. Das liegt im Wesentlichen daran, dass die Hauptursachen der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland – eine zu niedrige Wachstumsdynamik, eine hohe Regulierungsdichte am Arbeitsmarkt, eine zu geringe Lohnspreizung und Qualifikationsmängel beim Arbeitsangebot – mit den bisher ergriffenen Maßnahmen nicht oder nur halbherzig angegangen werden.

Die Finanzpolitik in Deutschland steht vor dem Problem, dass die Ziele, die sie derzeit verfolgt, nicht miteinander vereinbar sind. Eine Rückführung der hohen Defizite in den öffentlichen Haushalten, eine merkliche Senkung der Steuer- und Abgabenlast und eine Sti-

Tab. 2

Arbeitsmarktbilanz
– Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen –

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Deutschland						
Erwerbstätige Inländer	38.006	38.681	38.851	38.610	38.016	37.912
Arbeitnehmer	34.067	34.680	34.774	34.520	33.887	33.738
Selbständige	3.939	4.001	4.077	4.090	4.129	4.174
Pendlersaldo	65	67	60	61	59	58
Erwerbstätige Inland	38.071	38.748	38.911	38.671	38.075	37.970
Arbeitslose	4.099	3.889	3.852	4.060	4.393	4.448
Arbeitslosenquote ^{a)}	9,7	9,1	9,0	9,5	10,4	10,5
Erwerbslose ^{b)}	3.333	3.065	3.110	3.396	3.683	3.728
Erwerbslosenquote ^{c)}	8,1	7,3	7,4	8,1	8,8	9,0
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	119	86	123	207	200	175
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	430	313	243	193	140	110
Neue Instrumente der Arbeitsmarktpolitik ^{d)}					65	240
Berufliche Vollzeitweiterbildung	333	324	315	300	220	170
Westdeutschland^{e)}						
Erwerbstätige Inländer ^{f)}	30.254	30.916	31.143	30.990	30.526	30.482
Arbeitslose	2.604	2.380	2.320	2.498	2.763	2.818
Arbeitslosenquote ^{a)}	7,9	7,1	6,9	7,5	8,3	8,5
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	90	59	94	162	165	145
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	67	59	53	42	30	25
Berufliche Vollzeitweiterbildung	182	177	169	162	120	90
Ostdeutschland^{e)}						
Erwerbstätige Inländer ^{f)}	7.752	7.765	7.708	7.620	7.490	7.430
Arbeitslose	1.495	1.508	1.532	1.563	1.630	1.630
Arbeitslosenquote ^{a)}	16,2	16,3	16,6	17,0	17,9	18,0
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	29	27	29	45	35	30
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	363	254	190	150	110	85
Berufliche Vollzeitweiterbildung	151	148	146	138	100	80
a) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose). - b) Definition der ILO. - c) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Erwerbslose). - d) "Kapital für Arbeit", "Ich-AG", Personal-Service-Agenturen, Sonderprogramm für Langzeitarbeitslose, "Jump Plus". - e) Westdeutschland: alte Bundesländer ohne Berlin, Ostdeutschland: neue Bundesländer einschließlich Berlin. - f) Schätzung der Institute auf Basis der Länderergebnisse der Erwerbstätigenrechnung von Februar/März 2003.						

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; 2003 und 2004: Prognose der Institute.

mulierung der Konjunktur können nicht gleichzeitig erreicht werden. Die Finanzpolitik muss entscheiden, wie sie diesen Zielkonflikt auflöst. Nur dann kann sie eine kohärente Strategie für die kommenden Jahre

entwickeln. Dies ist auch deshalb wichtig, weil sie nur so die Vertrauenskrise, die derzeit Konjunktur und Wachstum belastet, zu überwinden vermag. Um zu einer höheren Wachstums- und Beschäftigungs-

dynamik zu kommen, müssen vor allem das Steuersystem vereinfacht, Subventionen und Steuervergünstigungen massiv verringert, die Grenzbelastungen gesenkt und die notwendigen Reformen in der Renten- und Krankenversicherung durchgeführt werden. Diese gravierenden Änderungen sollten bald und nicht über längere Zeit gestreckt durchgesetzt werden. Bei der notwendigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte muss die Finanzpolitik ehrgeizig vorgehen und bspw. Subventionen rasch und merklich senken. Es besteht erheblicher Handlungsbedarf, wenn die im Stabilitätspakt genannten Ziele zumindest mittelfristig erreicht werden sollen.

Wenngleich das Prinzip der mittelfristigen Haushaltskonsolidierung allgemein akzeptiert ist, bestehen zwischen den Instituten Unterschiede hinsichtlich der konkreten Schritte in nächster Zeit. Drei Institute (HWWA, ifo und IfW)² halten das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform auf das Jahr 2004 für wünschenswert, lehnen aber eine Finanzierung über höhere Schulden ab. Beim Konsolidierungskurs sollte im kommenden Jahr nicht nachgelassen werden und er sollte generell nicht von der Konjunkturlage abhän-

gig gemacht werden. Um die Glaubwürdigkeit der Finanzpolitik zu gewährleisten, sollte auf jeden Fall angestrebt werden, die Defizitquote auf maximal 3 % zu begrenzen. Wenn durch ein schlüssiges Konzept Vertrauen zurück gewonnen wird, wird sich dies auch schon kurzfristig positiv auf die Konjunktur auswirken. Das DIW, das IWH und das RWI³ sind hingegen der Auffassung, dass bei der wachstumspolitisch gebotenen Konsolidierung des Staatshaushaltes auch konjunkturellen Erfordernissen Rechnung zu tragen ist. Sie empfehlen daher, die dritte Stufe der Einkommensteuerreform vorzuziehen und sie 2004 nur in dem Maße gegen zu finanzieren, wie in den Annahmen dieses Gutachtens unterstellt. Dadurch könnte der ansonsten hohe Restriktionsgrad der Finanzpolitik vorübergehend abgemildert werden. Gleichzeitig muss aber parallel mit dem Vorziehen der Steuerreform ein verbindlicher Fahrplan beschlossen werden, nach dem von 2005 an Steuervergünstigungen und Subventionen verstärkt abgebaut werden. Die Beschlüsse dazu stärken die Glaubwürdigkeit des Konsolidierungskurses.

zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus

² *Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA); ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München und Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW).*

³ *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (DIW); Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen (RWI).*